

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 54.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 2. Februar 1910.

Verlagspreis für Halle u. Magdeburg 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vierteljahr. Die halbjährige Beilage erscheint wöchentlich zwölfmal. Preis 1.50 Mk. für ein Jahr. Halbjähriger Gewinn (inkl. Postzuschlag) 30.00 Mk. (einschl. Postzuschlag) 33.00 Mk. (einschl. Postzuschlag) 36.00 Mk.

Verlagspreis für Berlin 1.50 Mk. durch die Post bezogen 2.00 Mk. für den Vierteljahr. Die halbjährige Beilage erscheint wöchentlich zwölfmal. Preis 1.00 Mk. für ein Jahr. Halbjähriger Gewinn (inkl. Postzuschlag) 24.00 Mk. (einschl. Postzuschlag) 27.00 Mk. (einschl. Postzuschlag) 30.00 Mk.

Verlagspreis für Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Winterhald. Eing. Nr. 10. Verlagspreis für Magdeburg: Leipzigerstraße 127/2. Verlagspreis für Berlin: Prenzlauerstraße 30.

Verlagspreis für Berlin: Prenzlauerstraße 30. Telefon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Ziefels in Halle a. S.

Wie lange noch?

Es war vorauszusetzen, daß die unerhörte wilde und aufreizende Sprache, welche die Sozialdemokratie in ihrem Wahlrechtsauftritt bekundete, die betörten Massen zu Zusammenkünften mit der Polizei führen würde. In Berlin ist dies allerdings nicht der Fall gewesen, hauptsächlich deshalb, weil die Polizei nicht nur ein hohes Aufgebot an allen in Betracht kommenden Stellen bereit gehalten hatte, sondern auch in der Beobachtung der Wählerführer auf dem Posten gewesen war. Auf sozialdemokratischer Seite war dies ja auch bekannt und ist es noch jüngst hervorgerufen worden, daß nicht einmal bei den Landtagswahlen eine wirkliche Massenerhebung in Preußen zu erzielen sei. Dagegen ist es in Braunschweig, wo die Sozialdemokratie gleichfalls die Erweiterung des Wahlrechts nach ihrem Schema forderte und zu Strafenforderungen aufgehetzt hatte, jetzt zu besorgniserregenden Zusammenkünften gekommen. Die Polizei stand dort einer mehrtausendköpfigen Menge gegenüber, unter der sich ausbrechungsstüchtige Kräfte befanden. Die Schutzmannschaft wurde mit Eskadrieren beworfen und aus der Menge fielen mehrere Schüsse. Infolgedessen sah sich die Polizei genötigt, blank zu ziehen, wobei es denn natürlich nicht ohne Verwundungen abgegangen ist. Und nun hört man den „Vorwärts“:

„Wirklich sind die Eskadrieren, die die Herzen der Sozialisten getroffen, nicht bloße Panzerprodukte — aber Hundert gegen eins ist zu wetten, daß sie erst gefolgt sind, als die Gassen schon aus der Weite waren, als schon Blut geflossen war. Wenn die Polizei nicht so leicht Polizeierfahrungen hat. Wenn ein Polizeierfahrungen das Substitut zur Notwehr zwingt, kann er dabei unter die Füße kommen. Und es ist auch nicht unmöglich, daß ein Polizist am Boden von einem Bürger gefolgt und gewürgt wird.“

„Es fragt sich nur, was zwischen beiden vorkommt, ob sie es werden können!“

Die Braunschweiger Polizei hat eine friedliche Demonstration in ein Blutbad verwandelt. Nicht weil sie angegriffen wurde, nicht weil sie in Notwehr war, sondern weil sie das niedrige, schandvolle Landtagswahlrecht fördern wollte! Weil sie den Schrei der Entrüstung über das Unrecht erheben wollte! Weil dem Volk, weil dem Polizeierfahrungen verboten sein soll, was den Herrschenden alle Tage erlaubt ist, die Demonstration auf der Straße!

„Entweder dem Polizeierfahrungen, das zu fordern wagt, das sich auf der Straße als fordernde Masse zeigt! Das ist preußisch-königliche Regierungswürde. Wie lange wird sie noch bestehen?“

Der „Vorwärts“ jammert alsdann darüber, daß die braunschweiger Polizei sich rümen dürfte, mehr als eine halbe Schädell und gebrochene Knochen erjagt zu haben, als jemals vorher zu verzeichnen waren, und er schließt drohend: „Der Wahlrechtskampf ist mit der braunschweigerischen Schädell noch nicht zu Ende!“ In einer besonderen Zuschrift wird alsdann in der üblichen Weise noch behauptet, daß die Polizei nach einem von ihr selbst abgegrenzten Signalfeld sofort rüchlos vorgegangen sei. Ueber diese Nichtsichtigkeit sind seine Worte weiter zu verlieren. Wohl aber wird man den „Vorwärts“ daran erinnern müssen, in welcher ruckeligen Weise der Aufbruch des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses die Parteigenossen am 16. Januar aufstieß. Ganz in der Sprache nihilistischer Stimmungen hieß es dort:

„Es ist es Zeit, daß das Volk auf den Mann tritt und seinen Willen nachdrücklich zur Geltung bringt. Wir alle wissen, was dafür getan werden, daß Preußen endlich in die Reihe der Kulturländer eintritt. Unter der Führung der Sozialdemokratie gilt es, dem preussischen Volke die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und Preußen von den Finstern und Unterdrückten zu befreien. Es gilt, den reaktionären preussischen Staat zu demokratisieren. Das Mittel dazu ist die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter auf Grund der Mehrheitswahl.“

Parteienlosigkeit! Auch die Zeit! Seit Monaten haben die „Niedergerichten“ den Reichstag des Wahlrechts, dem Zentrum Niederlage auf Niederlage bereitet. Ein Gemeindefeld löse den anderen ab; ebenso ehrenvoll endeten die Landtagswahlen in Süds- und Mitteldeutschland und die Reichswahlen zum Reichstage.

Die Erhellung des Volkes über seine Ausbeutung und Entwürdigung ist notwendig. Das arbeitende Volk will nicht länger die Besatzung der herrschenden Klassen sein. Das Bewußtsein dieser Situation in den Massen zu wecken und sie zu rüchern für ihre elementaren Menschenrechte aufzuheben, ist unsere vornehmste Aufgabe.“

„Auch in dieser Weise in den Arbeitern das Bewußtsein einer grenzenlosen Erbitterung erregt ist, von der sie sich doch nicht hätten träumen lassen, folgte die Wahlforderung zur Zeit.“

„Wir sind die Reichen für die kommenden Wochen des Kampfes. Es gilt, alle Kraft aufzubieten. Nur so kann ein Wahlrechtskampf erreicht werden, der alle reaktionären Widerstände bricht und dem Willen des Volkes zum Siege verhilft.“

„Nun man sich darüber wundere, daß nun auch in Braunschweig die „Reaktion“ ihr Recht forderten und die Massen ihre Kampfbereitschaft bekundeten? So ist es gekommen, wie wir es damals voraussetzten: einige arme Leute von braven Arbeitern — die sich von wütigen Jungen haben verführen lassen, sind vor die Eskadrieren geschossen worden, während die Verführer sich vor-

sichtig im Hinterland gehalten haben und nur genau so wie wir es vorausgesetzt haben, über die „Schmach der Säbelherrschaft“ und über die Notwendigkeit eines „Schuges vor Schülern“ blutdürstige Klagen schreien. Eben deshalb wiederholen wir die neulich gestellten Fragen: Ist es nicht an der Zeit, gegenüber diesem klar erkennbaren und unerhörten Unfug die Frage aufzuwerfen, ob dies Treiben sich nicht in allen Punkten als Schock und Anstößung zum Landfriedensbrüche darstellt? Soll und muß es wirklich so weit gehen, daß ein zerteiltes Volk wie das deutsche, sich in seinen besten Empfindungen so aufzulassen am belästigten Tage und auf offener Straße von einer Sippschaft verböten lassen muß, die zu keiner Stunde den geringsten Gehß aus ihrer offenen Absicht der Revolutionierung der Massen machte? Wie lange noch soll dieser Zustand währen?“

Die Lage im Orient.

Im französischen Ministerrat äußerte sich Minister Pichon am gestrigen Dienstag über die durch die Krise in Griechenland verursachten Schwierigkeiten und über die Erörterung der Beziehungen zwischen Athen und Konstantinopel. Der Minister berichtete über den Stand der Verhandlungen zwischen den Mächten, die auf eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in Orient vermittelte gemeinsame Maßnahmen abzielen, Schwierigkeiten, die durch neue Ereignisse, die sich aus der Einberufung der griechischen Nationalversammlung ergeben könnten, noch vermehrt werden würden.

Ferner erfahren wir aus Konstantinopel: Nach Informationen bei der Botschaft wurden die türkischen Botschafter von ihrer Regierung beauftragt, die Aufmerksamkeit der Fremdmächte auf die Folgen einer etwaigen Beschließung der griechischen Nationalversammlung durch die Kreter zu lenken und sie zugleich zu fragen, welche Maßnahmen sie zu treffen beschließen, um diese Eventualität zu verhindern. Auf demselben verläutet, daß zwischen den fremdmächtigen Verhandlungen schweben, um die Einberufung der freitenden Deputierten hintanzuhalten.

Des weiteren wird aus Saloniki gemeldet: Den letzten Anordnungen zufolge ist die Einberufung der Reservisten des dritten Korps für eine vierwöchige Waffenübung erst Ende Februar durchzuführen. Die an der griechischen Grenze befindlichen bestellten Punkte sollen auf Weisung des Kriegsministeriums durch Gendarmen besetzt und ihre Instandhaltung und eventuelle Verbesserung sofort in Angriff genommen werden.

Aus Sofia wird uns dagegen gemeldet: Die Alliance Telegraphische Angare erklärt: Die von mehreren auswärtigen Mächten veröffentlichten Meldungen über eine angebliche Spannung in den Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien, sowie über beschleunigte Kriegsvorbereitungen sind vollständig erfunden und tendenziös. Die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei sind gut und der Handelsverkehr, welcher demnächst abgeschlossen werden wird, wird eine weitere Befestigung dieser Beziehungen zum Vorteil beider Länder bewirken. Bulgarien ist in seiner Politik konsequent, welche auf der gegenseitigen Freundschaft zwischen der Türkei und Bulgarien beruht.

Bei Redaktionsbeschlüssen erfahren wir noch aus Athen: Die Regierung beschäftigt, im Einvernehmen mit einer großen zu bildenden parlamentarischen Kommission die Artikel der Verfassung, welche einer Revision unterzogen werden sollen, festzusetzen.

Deutsches Reich.

* **Se. Maj. der Kaiser** nahm am Dienstag vormittag im Königlichen Schloß zu Berlin den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts entgegen.

* **Dem japanischen Prinzen Hirohito** nahm im das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Krone verliehen werden.

* **Der Kallgelegenheit.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Gesetzentwurf über den Abzug von Kallgelegenheit dem Antrag der Ausschüsse die Zustimmung erteilt.

* **In der Budgetkommission des Reichstages** erklärte gestern, Dienstag, bei der Beratung des Militärhaushalts Oberst **Wandol** auf eine Anfrage nach dem Statut der Prüflingen auf dem Gebiete der **Matematik**, die wesentlichen Fortschritte der Luftschiffahrt seien anzuerkennen; die verschiedenen Systeme ergänzten sich. **Kollmann** sei kein System. Alle seien von der **Windsäule** abhängig. Das **Militärfach** sei keine **neuerdings** gute Fortschritte gemacht. Eine **Lufschiff** solle nicht gebaut werden. Die **Flugmaschinen** hätten bis jetzt den Fehler, daß sie nicht langsam fahren können.

* **Die sozialdemokratische Parteikonferenz** in Berlin hatte für gestern, Dienstag,abend drei Versammlungen einberufen. Die Ziele waren vor Beginn der Versammlungen überfällig, so daß

polizeiliche Abfertigungen vorgenommen werden mußten. Besonders stark war der Andrang in der Kappelerstraße und in der Müllerstraße. Die Kaufleute, die keinen Einlaß mehr fanden, verließen sich, solange die Versammlungen stattfanden, ruhig, so daß die polizeiliche zur Fuß und zu Pferde ausgeübte Schutzmannschaft keine Veranlassung zum Einschreiten hatte. Als die Versammlungen ihr Ende erreicht hatten, verdrängten die Versammlungsbefucher mit dem „Genossen“ auf der Straße sich zu Bügen zu formieren. Wegen eines aus 2000 Personen sich zusammenfindenden Zug gingen 150 Schützen mit, als er sich durch die Müllerstraße nach der Friedrichstraße bewegte, mit **Land** gegengenen Säbel vor, **geprengten** ihn und nahmen **zahlreiche** Gefangene vor.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 1. Februar, 10 Uhr.
Am Ministertisch: von Arnim, Graf Lehndorff.
Es beginnt die zweite Beratung des

Gesetzes.

Bei den Einnahmen aus Remontierungen des Hauptgeschützes „Grobst“, 200 000 Mark, befragt **Abg. Graf Spee** die Konturierung, die **Abg. von Degen** (franz.) ist bin der Meinung, daß wir für unsere einheimische Pferde ohne das Hauptgeschütz Beschäftigung nicht auskommen können. Aber der Staat darf darüber die private Pferdeindustrie und die privaten Remontierbetriebe nicht vernachlässigen. **Minister von Arnim:** Auch in diesen Fragen stehen wir grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß der Staat nicht eingreift, so lange die private Tätigkeit ausreicht. Grobst ist notwendig zur Erhaltung unserer Volkswirtschaft. Es ist Bestimmung, daß Beschäftigung im allgemeinen sich nur an Remontieren und Prüfen von über 3000 Mark beteiligen soll.

Abg. von Vappenheim (franz.): Früher wurde befragt, daß die Staatsgüter trotz der Mittel des Staates so gut wie keine Erlöse bei den Remonten aufzuweisen hatten. Jetzt befragt man die Konturierung, die Grobst bereitet. Aber man hält doch allgemein Grobst für unentbehrlich!

Abg. Bursdorf (franz.) befragt die Abordnung für Sengle in Ostpreußen und wünscht höhere Preise für die Remonten gerade im Interesse der kleineren Betriebe in Ostpreußen, die hauptsächlich Pferdeindustrie treiben. Die Güter müßten aus mehr Sengle aus Ostpreußen anlaufen.

Landwirtschaftsminister von Arnim: Der Remontezustand bringen wir großes Interesse entgegen. Sengle können nicht mehr angekauft werden als gebraucht werden. Der Bedarf nach ostpreussischen Sengle ist dadurch beschränkt, daß manche Bezirke ostpreussische Sengle nicht liefern und sie ihnen zu leicht sind.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Zu den Einmaligen Ausgaben liegt der Antrag der Budgetkommission vor, die für den Neubau eines Stalles für 36 Schenke, für den Umbau des bisherigen Schenkestalles zu einer Schmiede und Stellmaderei nebst Anlagen auf dem Hauptplatz Georgenberg eingezeichnet 40 600 Mark zu bewilligen.

Das Haus tritt ohne Diskussion dem Voranschlag der Budgetkommission einstimmig bei.

Abg. von Quast (franz.) bittet den Minister, entsprechend dem Wunsch des Provinzialparlamentes das alte Halbfabrikat als Ersatz des deutschen Eisen in dem Gebiet Kaufstadt A. D. mehr zu berücksichtigen.

Minister von Arnim hält den Wunsch wegen der knappen Raumverhältnisse im Gebiet Kaufstadt A. D. zurzeit für unerfüllbar. Braunschweig müsse froh sein, überhaupt ein Hauptplatz zu haben. Einmengen sollen demnächst 15 Arbeiterstellen durch schwere Maschinen ersetzt werden.

Abg. von Kallreuth (franz.) unterstützt den Wunsch des Abg. von Quast auf Erweiterung des Gebietes Kaufstadt A. D. Der Rest des Gebietes wird bewilligt. Es folgt die zweite Lesung des

Parlaments.

Bei den Einnahmen begründet **Abg. Dr. Wendland** (nl.) einen Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die aus inländischen Forsten zu gewinnende Menge an Eisenbahnholzschwellen unter Berücksichtigung des fünfjährigen Vertrags aus den vorgenannten und geplanten Aufstellungen.

Oberlandforstmeister Wefener: Der Bedarf an Holzschwellen ist bei der Eisenbahnerverwaltung ebenso zurückgegangen wie der an eisernen Schwellen. Der Antrag des Vorredners ist wegen der unklaren Fassung in Verlegenheit.

Abg. Bergmann (Sog.) bittet in einem Infrage um eine bis zur dritten Lesung des Staats zu gebende Mitteilung, in welcher Weise beim Vertrieb der durch Konnosse betroffen Arbeiter in Ostpreußen für die Arbeiter Vorsorge getroffen war.

Oberlandforstmeister Wefener zeigt einsehend, daß für die dortigen Arbeiter an Lohn, Wohnung und Kost trotz schwieriger Verhältnisse vortrefflich gesorgt war und erklart um Zurückziehung des Antrages. (Beifall.)

Abg. Wächmann (fr. Sp.) fragt nach der in Preußen beobachteten Frequenz der Nomenklatur und nach den durch Holzverkauf wegen des Konnossefaches erzielten Mehrerträgen.

Abg. Dringenberg (Hr.) wünscht für seinen Wahlkreis eine andere Abgabe des Holzholzes.

Abg. Felsmann (fr. Sp.) empfiehlt gleichmäßige Berücksichtigung der Forstblätter bei Aufwindung von Holzschlägen.

Oberlandforstmeister Wefener erwidert, die Aufwindung der Holzschlägen in nur einem Blatte entspreche dem Wunsch aller Interessierten.

Abg. Wächmann (franz.) verweist auf die gleichmässige Gefahr der Entwaldung des Privatgüterbesitzes. Die Erhaltung der Wälder auf Privatgütern wird ohne Eingriffe in das Privatrecht nicht möglich sein. Aber sie liegt im allgemeinen Interesse. Am schnellsten ließe sich eine leibliche genaue Statistik über diese Verhältnisse durch Befragung der Landbesitzer beschaffen, so daß

rechtig zum Einbürgerungs-Gesetz...
Einbürgerungs-Gesetz gleichwertig ist. Sie können bei jeder Fälligkeit eingetragener werden. Bezüglich der Verbindung der Adressanten...
Die Fälligkeit der Einbürgerung...
Die Fälligkeit der Einbürgerung...
Die Fälligkeit der Einbürgerung...

werre von 1000 Mt. mit Einrichtungsbeitrag...
Vorstände des Aufsichtsrates durch Hinweis auf die beabsichtigte Ausdehnung des Umfanges...
Die Ausdehnung des Umfanges...
Die Ausdehnung des Umfanges...

236,50, Juli 227,25, Neupost St. Winter Nr. 2 also...
Chicago Northern I Spring, Mai 170,00, Juli 155,75, Liverpool...
Berl. einfl. Verhöltnisse April 240,55, Odeon 111a 90,00...
Berl. einfl. Verhöltnisse April 240,55, Odeon 111a 90,00...
Berl. einfl. Verhöltnisse April 240,55, Odeon 111a 90,00...

W. Die Deutsche Gesellschaft für...
Die Deutsche Gesellschaft für...
Die Deutsche Gesellschaft für...
Die Deutsche Gesellschaft für...

W. Die Deutsche Gesellschaft für...
Die Deutsche Gesellschaft für...
Die Deutsche Gesellschaft für...
Die Deutsche Gesellschaft für...

Stroh und Getreide...
Stroh und Getreide...
Stroh und Getreide...
Stroh und Getreide...

W. Otto Julius Bierbaum...
In Dresden ist am Dienstag...
In Dresden ist am Dienstag...
In Dresden ist am Dienstag...

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

A. Produkte und Warenmärkte.

Beitrag der Landwirtschaft...
Beitrag der Landwirtschaft...
Beitrag der Landwirtschaft...

Waren	Preis	Waren	Preis	Waren	Preis
Getreide	22,00-23,00	Wolle	16,00	Getreide	16,20
Wolle	16,00	Getreide	16,20	Wolle	16,00
Getreide	16,20	Wolle	16,00	Getreide	16,20
Wolle	16,00	Getreide	16,20	Wolle	16,00
Getreide	16,20	Wolle	16,00	Getreide	16,20

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

Letzte Telegramme.

Die Jahrhundertfeier der deutschen Gesellschaft...
Berlin, 2. Februar. An der gefrigen Jahrhundertfeier...
Berlin, 2. Februar. An der gefrigen Jahrhundertfeier...
Berlin, 2. Februar. An der gefrigen Jahrhundertfeier...

Börse und Handelsteil.

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

B. Tiere und tierische Produkte.

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

D. Sonstige Nachrichten.

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

E. Sonstige Nachrichten.

W. Wollmarkt in London...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...
In London ist am Dienstag...

